

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 17. Oktober 2024, Az.: STM61-0123-6/3/3:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 3. Quartal 2024.

Hassler
Staatssekretär

Eingegangen: 17.10.2024 / Ausgegeben: 23.10.2024

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg

über aktuelle europapolitische Themen

3. Quartal 2024

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Bundesrat und französischer Senat zu Gast in Stuttgart	2
Reise von Ministerpräsident Kretschmann nach Rumänien und in die Republik Moldau	3
II. Laufende europapolitische Themen	4
Bundesrat: Mehrländerantrag zur Zukunft der EU	4
Europapolitische und internationale Gespräche.....	5
Dynamischer Europapool	6
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	7
Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)	7
Makroregionale Strategien	7
Frankreich	9
Vier Motoren für Europa	10
Interreg Oberrhein	10
Entwicklungspolitik	10

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 3. Quartal 2024 bildeten die gemeinsame Sitzung von Delegationen der EU-Ausschüsse des Bundesrates und des französischen Senats in Stuttgart sowie die Reise von Ministerpräsident Kretschmann nach Rumänien und in die Republik Moldau die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Bundesrat und französischer Senat zu Gast in Stuttgart

Auf Einladung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der EU des Bundesrates tagte der Ausschuss des Bundesrats zusammen mit dem EU-Ausschuss des französischen Senats am 19. September 2024 im Neuen Schloss in Stuttgart. Diese Sitzung auf politischer Ebene bildete den Auftakt eines zweitägigen Austausches, der am 20. September 2024 im Europäischen Parlament in Straßburg, der Partnerstadt Stuttgarts, endete. Die französische Delegation wurde dabei vom Ausschussvorsitzenden, Senator Jean-François Rapin, angeführt, der zum zweiten Sitzungsteil in Straßburg eingeladen hatte. Auch Staatssekretär Florian Hassler nahm an der Sitzung in Stuttgart teil.

In Stuttgart führten die beiden Vorsitzenden in das Thema „EU-Haushalt und Kohäsionspolitik“ ein und betonten dabei, dass die Kohäsionspolitik eine Politik für die Regionen, die zusammen mit den Regionen gestaltet wird, bleiben müsse. Ministerpräsident Kretschmann setzte sich darüber hinaus für die Berücksichtigung von Transformations- und Innovationsregionen ein, die auch die aktuelle Beschlusslage des Bundesrats vorsieht. Staatssekretär Hassler wies bezüglich der Territorialen Zusammenarbeit auf den Standpunkt des Bundesrats hin, nach dem das Programm Interreg einen maßgeblichen Beitrag zur europäischen Integration leiste. Es seien oft die ganz konkreten grenzüberschreitenden Projekte, die zur Verbesserung der Lebenssituation im Grenzraum beitragen. Dabei sei bedauerlich, dass das Programm Interreg trotz der Relevanz der Interreg-Projekte und des großen europäischen Mehrwertes innerhalb der gesamten Kohäsionspolitik nur einen kleinen Anteil einnehme. Der erste Teil der Sitzung endete mit einem Austausch über die Erweiterung der EU und deren Auswirkung auf institutioneller und haushaltspolitischer Ebene sowie in den Politikfeldern. Die Ausschüsse diskutierten darüber, wie eine mögliche Erweiterung zur Stärkung der EU beitragen könne.

Im Anschluss lud Ministerpräsident Kretschmann unter Beisein des französischen Generalkonsuls Gaël de Maisonneuve zu einem gemeinsamen Mittagessen ein, bei dem der Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Prof. Dr. Marc Ringel, eine Tischrede zu den aktuellen Herausforderungen und der Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft hielt. Der Veranstaltungsteil in Stuttgart endete mit einer Führung durch das Haus der Geschichte durch einen Zeitzeugen der Charles de

Gaulle-Rede am 9. September 1962 und des Kurators Dr. Sebastian Dörfler. Zuvor waren die Delegationen von Direktorin Dr. Cornelia Hecht-Zeiler in Empfang genommen worden.

Der zweite Sitzungsteil in Straßburg am 20. September 2024 hatte die Themen „Rolle der nationalen Parlamente im institutionellen Gefüge der EU und Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips“ sowie „Wesentliche Herausforderungen der EU in der Zukunft mit Blick unter anderem auf Klimawandel, Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie“ zum Inhalt. Die Vertreter des französischen Senats und des Bundesrats waren sich alle in dem Punkt einig, dass dieser wertvolle enge Austausch im Sinne der deutsch-französischen Freundschaft auch in Zukunft weiter gepflegt werden sollte.

Reise von Ministerpräsident Kretschmann nach Rumänien und in die Republik Moldau

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler besuchten vom 29. September bis 2. Oktober 2024 mit einer rund 30-köpfigen Delegation Rumänien und Moldau mit dem Ziel, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen und die europäische Integration in der vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besonders betroffenen Region voranzutreiben.

Er traf in Rumänien mit Staatspräsident Klaus Iohannis zusammen und unterzeichnete gemeinsam mit Premierminister Ion-Marcel Ciolacu eine gemeinsame Absichtserklärung zum Ausbau der Beziehungen und zur gemeinsamen Unterstützung für die Republik Moldau. Seit 2004 arbeiten Baden-Württemberg und Rumänien in einer Gemischten Regierungskommission zusammen. Seit 2011 werden außerdem gemeinsame Projekte über die Strategie der EU für den Donauraum umgesetzt. Ministerpräsident Kretschmann hob insbesondere die konstruktive Rolle Rumäniens in der EU hervor, das als Stabilitätsanker in Südosteuropa ein wichtiger europäischer Partner ist.

Ein Schwerpunkt der Reise lag auf dem Ausbau der Beziehungen zur Republik Moldau. Ministerpräsident Kretschmann tauschte sich mit der moldauischen Präsidentin Maia Sandu und dem Premierminister Dorin Recean über die Sicherheitslage, den russischen Einfluss und Desinformation sowie die Situation der Geflüchteten aus der Ukraine aus. Zusammen mit dem stellvertretenden Premierminister Dumitru Alaiba unterzeichnete Ministerpräsident Kretschmann eine gemeinsame Absichtserklärung zur Begründung einer neuen Gemischten Regierungskommission, die insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Energie sowie weiteren Themen von gemeinsamem Interesse gemeinsame Aktivitäten und kon-

krete Projekte voranbringen soll. Die Idee der Begründung einer Gemischten Regierungskommission entstand bei einer Reise von Staatssekretär Hassler in die Republik Moldau im Oktober 2022.

So unterzeichnete Minister Peter Hauk bei einem Treffen mit Landwirtschaftsminister Vladimir Bolea eine Kooperation beider Landwirtschaftsministerien und das Ministerium für Umwelt, Energiewirtschaft und Klima begründete mit Energieminister Victor Parlicov eine Verwaltungspartnerschaft, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und dem Bundeswirtschaftsministerium. Abschließend besuchte die Delegation das Jugendzentrum Casa Ignatius, wo sie Einblicke in Projekte zur Unterstützung von ukrainischen Geflüchteten und jungen Moldauern erhielt. Die Projekte, die sich zunächst auf akute Nothilfe konzentrierten, setzen heute einen Schwerpunkt bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Sozialprojekte werden im Rahmen der EU-Donauraumstrategie durchgeführt und sind auch durch das Staatsministerium Baden-Württemberg finanziert.

Staatssekretär Florian Hassler hat zwei neue Projekte/Projektvereinbarungen unterzeichnet: Zum einen ein Projekt über die Integration benachteiligter Jugendlicher in den lokalen Arbeitsmarkt (CONCORDIA Sozialprojekte), zum anderen ein Projekt im Bereich des Wirtschaftsministeriums über die Förderung des nachhaltigen Unternehmertums (VDI/VDE Innovation + Technik gGmbH).

II. Laufende europapolitische Themen

Bundesrat: Mehrländerantrag zur Zukunft der EU

Unter Mittragstellung von Baden-Württemberg hat der Bundesrat in seiner 1046. Sitzung am 5. Juli 2024 einen Beschluss zur Mitteilung der Europäischen Kommission über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung gefasst (BR-Drs. 283/24 Beschluss). Insgesamt haben 14 Länder diesen Beschluss, der aus dem „Zukunftsbeschluss“ der Europaministerkonferenz vom 12. Juni 2024 in Berlin hervorging, durch ihre Mittragstellung nachdrücklich unterstützt. Der Bundesratsbeschluss leistet einen umfassenden Beitrag der Länder zur Reformdiskussion und nimmt insbesondere Bezug auf den „AFCO-Bericht“ des Europäischen Parlaments.

In ihrem Beschluss adressieren die Länder die Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU, die Förderung des inneren Zusammenhalts in der EU sowie die Mitwirkung der Länder in der Reformdebatte und die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips. Die Länder bekräftigen dabei ihren Mitwirkungsanspruch in der Reformdebatte und setzen sich für die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente ein. In diesem Zusammenhang begrüßen sie nachdrücklich den Mechanismus der „grünen Karte“ für Legislativvorschläge nationaler Parlamente. Die Reform der EU sehen

die Länder als Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit und in enger Verbindung mit ihrer Erweiterung stehend.

Europapolitische und internationale Gespräche

Gespräche von Staatssekretär Hassler im Europäischen Parlament in Straßburg

Staatssekretär Florian Hassler führte am 18. September 2024 Gespräche mit neu beziehungsweise wiedergewählten Abgeordneten am Rande der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg; die Gesprächspartner waren: die CDU-Europaabgeordnete aus Nordwürttemberg (Stuttgart) Prof. Dr. Andrea Wechsler, die Kovorsitzende der Fraktion der Grünen/EFA im EU-Parlament, Terry Reintke, der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament Daniel Caspary (Nordbaden/Karlsruhe), der Vorsitzende der SPD-Abgeordneten im EU-Parlament, Prof. Dr. René Repasi (Nordbaden/Karlsruhe) sowie der aus Rumänien stammende stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EU-Parlament, Siegfried Muresan. Abschließend hat Staatssekretär Florian Hassler an der Sitzung der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament teilgenommen.

In seinen Gesprächen mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments hat Staatssekretär Florian Hassler insbesondere für die Anliegen der Landesregierung von Baden-Württemberg für die Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029 geworben. Inhaltlich im Vordergrund standen außerdem die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Unterstützung der Regionen bei der Transformation durch eine angepasste Kohäsions- und Staatsbeihilfen-Politik sowie der nächste Mehrjährige Finanzrahmen.

Gespräch von Staatssekretär Hassler mit Enrico Letta

Staatssekretär Hassler traf am 23. September 2024 den Präsidenten des Jacques Delors Instituts, Enrico Letta, zu einem Fachgespräch in der Villa Reitzenstein. Thema des Gesprächs war der im Auftrag des Europäischen Rates erstellte Bericht von Präsident Letta zur Zukunft des Binnenmarkts. Staatssekretär Hassler und Enrico Letta tauschten sich über die Frage der Finanzierung gemeinsamer europäischer Ziele, die Integration der mitgliedstaatlichen Kapitalmärkte zu einer harmonisierten Kapitalmarktunion sowie der Idee der Einführung einer fünften Grundfreiheit für Forschung, Innovation und Bildung aus.

Gespräch von Staatssekretär Hassler mit dem Vorstand des BWIHK

Am 27. September 2024 traf Staatssekretär Florian Hassler den Vorstand des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK) zu einem Austausch zu europapolitischen Themen. Von Seiten des BWIHK nahmen Präsident Christian O. Erbe, Vizepräsident Dr. Jan Stefan Roell und Hauptgeschäftsführer Dr. Michael Alpert teil. Im Zentrum des Gesprächs standen die europapolitischen

Schwerpunkthemen der Landesregierung sowie die Schwerpunkte der neuen Europäischen Kommission. Staatssekretär Hassler stellte das Positionspapier der Landesregierung mit den Anliegen an die EU-Institutionen für die Mandatszeit 2024-2029 vor. Insbesondere die Positionen der Landesregierung zum Thema Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere Bürokratieabbau für KMU, fanden beim BWIHK große Unterstützung. Neben weiteren europapolitischen Themen wie die Förderung des Wasserstoffhochlaufs, das EU-Lieferkettengesetz und der PFAS-Beschränkungsvorschlag wurde auch die Kooperation zwischen dem BWIHK und der französischen Chambre de Commerce et d'Industrie Grand Est gesprochen. Die Zusammenarbeit mit den französischen Partnern unterstützte Staatssekretär Hassler ausdrücklich.

Besuch des Gouverneurs der japanischen Präfektur Kanagawa, Yuji Kuroiwa

Der Gouverneur der japanischen Partnerregion Kanagawa, Yuji Kuroiwa, besuchte Baden-Württemberg am 17. und 18. Juli 2024 auf Einladung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann anlässlich des 35-jährigen Jubiläums der Partnerschaft. Der Schwerpunkt seines Besuchs lag auf der Stärkung des Austauschs zu den Themen Gesundheitswirtschaft und Lebenswissenschaften, im Rahmen eines Gesprächs mit Ministerpräsident Kretschmann und einem Life Science Seminar, das mit Baden-Württemberg International und der BioPro Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Gouverneur Kuroiwa traf im Landtag mit dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zusammen und besuchte die Duale Hochschule in Karlsruhe, die mit der Yokohama National University zusammenarbeitet.

Dynamischer Europapool

Dynamischer Europapool – Neumitgliedertreffen

Am 4. Juli 2024 fand das erste Neumitgliedertreffen des Dynamischen Europapools in diesem Jahr in der Villa Reitzenstein in Stuttgart statt. Es nahmen 15 Neumitglieder am Treffen teil. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und neue Kontakte zu knüpfen.

Treffen: Erfahrungsaustausch der Länder

Der Erfahrungsaustausch der deutschen Länder fand am 12. Juli 2024 in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Berlin statt. Im Fokus des Treffens stand das Thema „Europäische Personalpolitik der Länder“. 14 Länder nahmen am Treffen teil. Als Gäste waren Vertreterinnen bzw. Vertreter verschiedener Institutionen (unter anderem CLENAD, Europäische Kommission und Bosch) dabei. Das Treffen wurde von allen Teilnehmenden als sehr positiv gesehen, so dass künftige

Treffen mit kürzeren Abständen abgehalten beziehungsweise verstetigt werden sollen.

Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg

Auf Grund der großen Nachfrage im vergangenen Jahr fand am 18. September 2024 wieder eine Fahrt zum Europäischen Parlament nach Straßburg für die Mitglieder des Dynamischen Europapools statt. Hier hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit das Europäische Parlament und seine Aufgaben näher kennenzulernen. Die Fahrt wurde zusammen mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg organisiert und durchgeführt. Es nahmen insgesamt 30 Personen teil.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Am 12. Juli 2024 fand die erste landesinterne IMA zur IBK-Präsidentschaft, die unter dem Motto: „Bodensee: Sichtbar vernetzt“ stehen soll, mit den Ressorts statt. Im Austausch mit den Ressorts hat das Staatsministerium über die aktuellen Planungen und nächsten Schritte informiert. Zu den thematischen Schwerpunkten zählen die Themenbereiche Umwelt/Natur, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Insbesondere soll ein Fokus auf die invasiven Arten wie beispielsweise die Quaggamuschel gelegt werden. Darüber hinaus hat das Land die Kümmererrolle beim Thema „Klimaneutraler Bodensee“ übernommen. Hier sollen die nächsten Schritte, die sich aus der gemeinsamen IBK-Roadmap ergeben, im Vorsitzjahr angestoßen werden. Mit einem ausdifferenzierten Kommunikationskonzept soll in Anlehnung an das Motto der Präsidentschaft dazu beigetragen werden, dass die Arbeit der IBK stärker öffentlich wahrgenommen wird. Außerdem haben die Ministerien auch über deren ressortspezifische Aktivitäten und Veranstaltungen im Präsidentschaftsjahr berichtet. Eine Kabinettsvorlage zur IBK-Präsidentschaft des Landes soll voraussichtlich am 10. Dezember 2024 im Kabinett behandelt werden. Im Präsidentschaftsjahr soll ein Veranstaltungskalender einen Überblick über die laufenden Veranstaltungen aller Ressort verschaffen.

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Vom 5. bis 14. Juli 2024 fand unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Winfried Kretschmann das 13. Internationale Donaufest in Ulm und in Neu-Ulm statt. Das Staatsministerium war bei der feierlichen Eröffnung vertreten. Auf Einladung der Städte Ulm und Neu-Ulm nahm Staatssekretär Florian Hassler am 6. Juli 2024 am Ehrengäste-Empfang teil. Anknüpfend an einen Austausch mit den Delegationen

aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien, Ungarn und der Ukraine hielt er eine Rede im Ulmer Rathaus. Staatssekretär Hassler betonte die besondere Bedeutung der kommunalen Donaukooperation und hob hierbei Ulm als Motor hervor. Anschließend fand eine feierliche Unterzeichnung der „Donaufestfahne der Freundschaft“ statt.

Am 8. Juli 2024 kamen unter Beteiligung von Staatssekretär Dr. Patrick Rapp Unternehmen, Verbänden und politische Vertreter und Vertreterinnen zur Veranstaltung „Der Donaoraum in der Zeitenwende - Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wasserstoff-Lieferketten entlang der Donau“ zusammen. Die Veranstaltung wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Zusammenarbeit mit der IHK Ulm und dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm organisiert.

Rund 100 Personen nahmen am 11. Juli 2024 an den Internationalen Donaugesprächen teil. Die Veranstaltung unter dem Titel „Der Donaoraum nach der Europawahl 2024: Perspektiven für die Zivilgesellschaft“ wurde gemeinsam von der Baden-Württemberg Stiftung und dem Staatsministerium durchgeführt. Martin Bendel, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm, eröffnete das Event. Staatssekretär Hassler ging anschließend auf die gegenwärtigen Herausforderungen in der Region ein, die sich nicht zuletzt in den Wahlergebnissen widerspiegeln. Er betonte daher die Notwendigkeit, der vielerorts unter Druck stehenden Zivilgesellschaft die Hand zu reichen. Anschließend ordnete Sebastian Schäffer, Direktor des Instituts für den Donaoraum und Mitteleuropa, die Wahlergebnisse in Mittel- und Südosteuropa aus wissenschaftlicher Perspektive ein. Über ihre Folgen diskutierten sie anschließend mit Michael Joukov MdL und Prof. Dr. Ellen Bos von der Andrassy Universität. Erfahrungsberichte der ukrainischen und baden-württembergischen Zivilgesellschaft sowie des baden-württembergischen Mitglieds im Donau-Jugendrat rundeten den Vormittag ab. Gedanken zum Transfer in die Gesellschaft kamen von der Geschäftsführerin der Baden-Württemberg Stiftung Theresia Bauer. Bei einem Markt der Möglichkeiten informierten sich die Gäste über das vielfältige Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure im Donaoraum und vernetzten sich. Das Institut für virtuelles und reales Lernen in der Erwachsenenbildung (ILEU) e.V. veranstaltete am 12. Juli 2024 eine thematisch anknüpfende Tagung, welche vom Staatsministerium finanziell bezuschusst wurde.

Im Berichtszeitraum hat das Staatsministerium über den Donauprojektfonds zwei neue Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von rund 175.000 Euro bewilligt. Beide Projekte unterstützen die Republik Moldau auf ihrem europäischen Weg.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Zum 1. Juli 2024 hat sich der EUSALP-Jugendbeirat, bestehend aus 26 jungen Erwachsenen aller sieben Mitgliedsländer, neu konstituiert. Darunter haben zwei Jugendräte ihr Mandat für Baden-Württemberg angetreten. Das Gremium besitzt eine Beratungsfunktion im Rahmen der EUSALP-Governance.

Am 16./17. September 2024 tagte das Executive Board der EUSALP unter Beteiligung des Staatsministeriums zusammen mit den Action Group Leaders im slowenischen Portorož. Fokus lag auf der Vorbereitung der diesjährigen Generalversammlung, sowie der Revision des Aktionsplans. Außerdem berichteten die neun Aktionsgruppen und der Jugendrat über aktuelle Aktivitäten. Anschließend lud die Präsidenschaft zur neunten „Woche der Mittelmeerküste und der makroregionalen Strategien“. Dort standen die Kohäsionspolitik nach 2027, die Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung im Fokus zahlreicher Workshops und Panels.

Frankreich

Kongress der Regionen

Am 26. September 2024 nahm Staatssekretär Florian Hassler am „Kongress der Regionen“ im Palais de la Musique et des Congrès in Straßburg teil, der mit rd. 800 Teilnehmern sehr stark frequentiert wurde. Auf dem Podium diskutierte er zum Thema „Bewahrung einer ehrgeizigen Kohäsionspolitik für die Zukunft der Regionen“ mit Nicola de Michelis, stellvertretende Generaldirektor Generaldirektion Regio (zuständig für Implementierung in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission), Ander Caballero Barturen, Generalsekretär für die EU und Außenbeziehungen beim Präsidium des Baskenlandes (Spanien), Marie-Guite Dufay, Präsidentin der französischen Region Bourgogne-Franche-Comté sowie Ary Chalus, Präsident der französischen Region Guadeloupe.

Die Diskussion bot die Möglichkeit neben der eigenen Perspektiven auf das Thema „Kohäsionspolitik“ die gemeinsamen deutsch-französischen Interessen in der Kohäsionspolitik zu betonen und die deutsch-französische Zusammenarbeit anhand ausgewählter Leuchtturmprojekte dem französischen Publikum zu illustrieren. Alle Abgeordneten, Präsidenten, Vizepräsidenten der Regionen und Partner der Regionen kommen jährlich zum „Kongress der französischen Regionen“ zusammen, der prominent ausgerichtet wird und dazu dient, die Regionalpolitik in den öffentlichen Fokus in Frankreich zu rücken.

Vier Motoren für Europa

Start-up BW Summit

Am 11. Juli 2024 beteiligten sich die Vier Motoren für Europa nach der Start-up Night 2023 in Mannheim zum zweiten Mal gemeinsam an einem Event der Initiative BW Start-up. Beim Start-up BW Summit treffen sich Start-ups, die Vertreterinnen und Vertreter von Start-up Ökosystemen und Unternehmen sowie Investierende. Start-ups können ihre Geschäftsmodelle vorstellen, netzwerken, Ideen auszutauschen und voneinander lernen. Die Vier Motoren für Europa waren mit einem gemeinsamen Stand vertreten, an dem die Mitglieder der AG Wirtschaft sowie Start-ups aus allen vier Partnerregionen zum Gespräch zur Verfügung standen.

Interreg Oberrhein

Nach dem Ausscheiden von Bärbel Schäfer aus ihrem Amt als Regierungspräsidentin des Regierungsbezirkes Freiburg trat Regierungspräsident Carsten Gabbert auch als Vorsitzender des Begleitausschusses von Interreg Oberrhein ihre Nachfolge an. In der Sitzung konnten sieben Projekte sowie der erste Kleinprojektfonds des Eurodistriktes Pamina genehmigt werden.

Entwicklungspolitik

Im dritten Quartal standen die Landespartnerschaft mit Burundi sowie das junge Engagement im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Jubiläumsveranstaltung „Amahoro! trifft Faire Woche“

Rund 200 Gäste nahmen an der Festveranstaltung zum 40-jährigen Jubiläum der Landespartnerschaft „Amahoro! trifft Faire Woche“ mit Staatssekretär Rudi Hoogvliet am 25. September 2024 in Berlin teil. Auch eine vom burundischen Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Tierhaltung, Prosper Dodiko, geleitete Delegation nahm an den Feierlichkeiten teil. Die in Kooperation mit der SEZ und dem Forum Fairer Handel ausgerichtete Veranstaltung in der Landesvertretung genoss eine hohe politische Aufmerksamkeit auf Bundesebene (Mitwirkung von Bundesministerin Svenja Schulze / BMZ und Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick / BMEL). Zu Gast waren Vertreterinnen und Vertreter aus dem Landtag von Baden-Württemberg, des konsularischen Korps, des baden-württembergischen Burundi-Bündnisses einschließlich der Cluster und der burundischen Diaspora sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Berlin und Baden-Württemberg.

Sowohl Bundesministerin Schulze als auch der burundische Landwirtschaftsminister Dodiko fokussierten sich in ihren Keynotes auf den Schwerpunkt Klimagerechtigkeit in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Vertieft wurde diese Thematik im

Rahmen einer Panel-Diskussion unter anderem mit Staatssekretär Rudi Hoogvliet. Ein Markt der Partnerschaft mit Ständen von der SEZ mit Beiträgen aus dem Burundi-Bündnis, der Burundischen Diaspora und des Forums Fairer Handel boten Gelegenheit zu fachlichem Austausch und Networking.

Mindchangers: Europäisches Abschluss-Event

Vom 24. bis 26. September 2024 fand die internationale Abschlussveranstaltung des EU-Projekts Mindchangers – Regions and Youth for Planet and People mit 160 Teilnehmenden aus den sechs europäischen Partnerregionen in Brüssel statt.

Im Fokus des internationalen Treffens stand zentral die Präsentation der Projektergebnisse und Errungenschaften vor wichtigen Akteuren auf europäischer Ebene sowie die Übergabe der in Stuttgart im vergangenen Jahr erarbeiteten und verabschiedeten Mindchangers Youth Declaration mit Forderungen und Vorschlägen zur Überwindung der Barrieren für junges Engagement, insbesondere im Hinblick auf die Agenda 2030. Intensiv diskutiert wurden: Jugendbeteiligung, Jugendpolitik, Kommunikation für junges Engagement und Perspektiven der Jugend in der formalen und non-formalen Bildung.

10 Jahre Fairtrade-Schools Kampagne in Baden-Württemberg

Am 26. September 2024 fand anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Fairtrade-Schools Kampagne in Baden-Württemberg eine „Fairtrade-Schüler*innenakademie“ mit 200 jungen Engagierten im CVJM in Stuttgart statt. Das abwechslungsreiche Programm mit interaktiven Workshops und Bühnenprogramm rund um den fairen Handel wurde von Fairtrade Deutschland, dem Steuerungskreis der Fairtrade-Schools-Kampagne (unter anderem mit SEZ, Staatsministerium und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie zivilgesellschaftliche Akteuren) und gemeinsam mit Schülern aus drei baden-württembergischen Fairtrade-Schulen vorbereitet.

Anschließend wurden im Rahmen der offiziellen Feierstunde im Marmorsaal mit Kultusministerin und Schirmherrin Theresa Schopper die aus 26 Einsendungen des Jubiläumswettbewerbs „Reim für Fairness“ ausgewählten fünf Gewinnerbeiträge nach einer Live-Performance und in Form ausgezeichnet. Den 1. Platz belegte das Schiefel-Gymnasium aus Bad Säckingen. Zuvor gab es eine Faire Modenschau der Eigenkollektion KEAFA des eine-welt-ladens am J.S. Bach Gymnasium Mannheim. Im Land gibt es aktuell 161 Fairtrade-Schools. Weitere Informationen siehe www.sez.de.